

Die deutsche Volkswirtschaft schrumpft im zweiten Jahr in Folge

Es wächst nur der Staat

Auf den aktuellen SPD-Wahlplakaten prangt der Slogan: „Mit Sicherheit mehr Wachstum“. Dahinter ein Konterfei von Kanzler Olaf Scholz mit einem Gesichtsausdruck, als würde er das selber nicht ernst nehmen. Und in der Tat, größer könnte der Kontrast zwischen Anspruch und Wirklichkeit kaum sein. Denn Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2024 belegen ein einziges Desaster: Im zweiten Jahr in Folge ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zurückgegangen, um 0,2 Prozent im Vorjahr. Damit liegt die Wirtschaftsleistung in Deutschland nur noch knapp (um 0,3 Prozent) höher als 2019, also vor dem Einbruch während der Corona-Zeit. In anderen Ländern ist sie dagegen im gleichen Zeitraum deutlich gestiegen, in der EU insgesamt um gut fünf Prozent, in den USA sogar zwölf Prozent.



von **Ulrich van Suntum**

„Trotz sinkender Wirtschaftsleistung hat der öffentliche Konsum 2024 um 2,6 Prozent zugelegt.“

Der Niedergang Deutschlands hat strukturelle Gründe, wie die Statistiker mit bemerkenswerter Klarheit betonen. Neben den hohen Energiekosten gehören demnach sinkende Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten und breite Verunsicherung über die wirtschaftliche Zukunft dazu. In den Zahlen spiegelt sich das deutlich wider. So lahmte trotz zunehmender Erwerbstätigkeit und steigender Realeinkommen der Arbeitnehmer der private Konsum. Vor allem bei Gaststättenbesuchen und Einkäufen von Kleidung und Schuhen versuchen die Konsumenten zu sparen. Schuld daran sind auch die hohen Preise, die allein im Verlauf von Januar bis Dezember um 2,6 Prozent gestiegen sind. Nach dem aussagekräftigeren, dem harmonisierten Verbraucherpreisindex der EU betrug dieser Anstieg sogar 2,9 Prozent. Das ist die weitaus relevantere Größe als der Anstieg im Jahresdurchschnitt, wobei aber auch dieser

mit 2,2 Prozent über dem Zielwert von zwei Prozent lag. Noch alarmierender ist der Rückgang der privaten Investitionen. Im Bausektor gingen sie 2024 um 4,3 Prozent zurück, bei den übrigen Unternehmen sogar um 5,3 Prozent. Auch im Export hat der einstige Weltmeister Deutschland nicht mehr viel zu begucken. Während unsere Industrie unter immer höheren Klimaabgaben und grüner Reglementierung ächzt, nimmt uns der größte CO₂-Emittent China immer mehr Marktanteile auf den Weltmärkten ab. Kein Wunder bei all diesen Hiobsbotschaften, daß die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im letzten Jahr stark zugenommen hat.

Wachsen tut in Deutschland praktisch kein privater Wirtschaftsbereich mehr mit Ausnahme des Informations- und Telekommunikationssektors. Dagegen nehmen die staatlichen Ausgaben immer weiter zu, finanziert nicht zuletzt durch neue Schulden. So hat trotz sinkender Wirtschaftsleistung der öffentliche Konsum 2024 um 2,6 Prozent zugelegt, bedingt vor allem durch explodierende Kosten beim Bürgergeld, bei den Gesundheitsausgaben und den Renten und Pensionen. Das Statistikamt wertet dies absurderweise als Konjunkturstützung. Aber jedem denkenden Menschen sollte klar sein, daß es so nicht weitergehen kann.

Wenn immer weniger produziert wird, muß auch das Sozialsystem über kurz oder lang zusammenbrechen. Da kann der Staat noch so viel Geld drucken und Schulden machen, am Ende steht der ökonomische Ruin. Immerhin haben auch die staatlichen Investitionen zugenommen, was angesichts der maroden Infrastruktur auch dringend geboten ist. Wie viele Windräder, Radwege und Prachtbauten für die Regierung darin enthalten sind, geht aus den amtlichen Angaben allerdings nicht hervor.



Bitcoin-Handel via Smartphone funktioniert schnell und ohne Staat: Der Hype um dezentral aufgestellte Kryptowährung weckt auch bei den großen Fischen im Becken wie Zentralbanken und Fonds immer mehr Interesse.

Eine unsichere Reserve

Bitcoin: Instrumentalisierung für den Krypto-Hype / Werden Zentralbanken zu Spekulanten?

DIRK MEYER

Der Bitcoin (BTC) ist weiter auf Höhenflug. Angetrieben von der Genehmigung erster Bitcoin-ETFs durch die US-Börsenaufsicht SEC, einem Gesetzesentwurf (Bitcoin Reserve Act) der republikanischen Senatorin Cynthia Lummis zum Aufbau einer strategischen BTC-Staatsreserve mit Ankäufen von jährlich 200.000 BTC, der Ankündigung zur Aufhebung von kryptobezogenen Regulierungen der Biden-Regierung und einer generell positiven Haltung von Donald Trump zu Krypto-Währungen, erreichte der BTC am 20. Januar 2025 seinen bisherigen Höchstpreis von 109.110 Dollar.

Auch die EU-Parlamentarierin Sarah Knafo von der französischen Rechtspartei Reconquête fordert eine strategische BTC-Reserve. In der Schweiz läuft die Volksinitiative „Für eine finanziell starke, souveräne und verantwortungsvolle Schweiz“ (Bitcoin-Initiative), die für die Schweizerische Nationalbank (SNB) die Aufnahme von BTC als Reservewährung fordert. Im Nicht-Euroland Tschechien denkt der Chef der Nationalbank (ČNB), Aleš Michl, ebenfalls über eine Anlage in BTC nach. Und auch in Deutschland wird die Diskussion durch einen Vorschlag des FDP-Vorsitzenden Christian Lindner bezüglich der Bundesbank und der EZB befeuert.

Eine „Gänsehaut-Währung“ ohne inneren Wert?

Doch ist die Kryptowährung als Anlage für staatliche Institutionen überhaupt geeignet? Erfüllen die Aufgaben, die Geld zugesprochen werden, um als Geld zu gelten – die Funktionen als Zahlungsmittel und Recheneinheit sowie der Wertaufbewahrung? Der BTC ist keine Währung im Sinne eines staatlichen Geldes. Er wird „staatenlos“ von privaten „Minern“ durch Anwendung eines mathematischen Algorithmus (Secure Hash Algorithm 2, SHA2) geschöpft. Die BTC-Geldmenge ist auf maximal 21 Millionen BTC begrenzt. Derzeit existieren bereits 19.810.790 BTC mit einer Marktkapitalisierung von etwa zwei Billionen Dollar, wobei Verluste durch verlorene Codes der BTC-Geldbörsen (Wallets) nicht ersetzt werden. Dies soll die Knappheit sicherstellen.

Doch Knappheit setzt eine entsprechende Nachfrage und einen dahinterstehenden Bedarf an BTC

voraus. Dieser ist jedoch keinesfalls sicher. Dem BTC fehlt ein innerer Wert, wie ihn Gold auszeichnet. Außerdem gibt es keinen staatlichen Akteur (Zentralbank), der den Wert einer ungedeckten Währung steuern kann. Vielmehr entsteht die Nachfrage nach BTC aus der stillschweigenden Übereinkunft (potentieller) BTC-Halter, daß der Wert – gemessen in anderen Währungen – erhalten bleibt. Dieses Vertrauen kann jederzeit durch Kriminalität (Diebstahl), staatliche Verbote aufgrund der Verwendung für illegale Geschäfte einschließlich Geldwäsche oder den Wettbewerb anderer Kryptowährungen kurzfristig zerstört werden.

Entsprechend hoch sind die Kursschwankungen des BTC. So stieg der BTC-Kurs 2020/2021 um 830 Prozent, um im folgenden halben Jahr 75 Prozent des Wertes zu verlieren. Hinzu kommt die Marktmenge, die Kursmanipulationen erleichtert. Großvolumige Käufe/Verkäufe staatlicher Akteure würden zu Kurssprüngen führen. So bewirkte allein die Ankündigung des US-Justizministeriums (DOJ), die 2013 beschlagnahmten 69.370 BTC im Wert von 6,5 Milliarden US-Dollar verkaufen zu wollen, einen Kurssturz von zehn Prozent. Eine verlässliche Wertaufbewahrung sieht anders aus.

Zahlungen in BTC sind zudem systembedingt umständlich, langsam und teuer. Je nach Netzauslastung kostet eine Überweisung zwischen ein und zwei Dollar. Eng damit verknüpft ist die Geschwindigkeit, bis eine Überweisung ausgeführt und bestätigt ist. Die Zeitspanne reicht von wenigen Minuten bis hin zu mehreren Stunden. Damit werden die Zahlungsmittelfunktion und die allgemeine Verwendung erheblich eingeschränkt. Schließlich führt der derzeit hohe Preis des BTC (besser: Wechselkurs zu Euro oder Dollar) zu Einheiten, die als

Rechengröße und als Preisvergleich für Waren völlig ungeeignet sind. So würde ein Liter Milch zu 1,35 Euro für 0,0000135855557164 BTC zu haben sein. Im Ergebnis ist der BTC kein Geld, da er die wesentlichen Geldfunktionen nicht erfüllt. Er ist vornehmlich ein Spekulationsobjekt, eine Wette.

In Anlehnung an Bundesbankpräsident Joachim Nagel könnte man von einer „Gänsehaut-Währung“ sprechen. Damit wird deutlich, daß eine staatliche strategische BTC-Reserve keinen Sinn ergibt. Im Gegensatz zu Öl, Gas, Kraftwerkskapazitäten oder Getreidevorräten stiften BTC keinen realwirtschaftlichen Nutzen im Krisenfall. Auch ein staatlicher „Rentenfonds Deutschland“ sollte keine BTC-Anlagen vornehmen, da das Risiko des Platzens der Spekulationsblase nicht unerheblich ist.

Stabilisierende Interventionen im Falle eines Kurssturzes

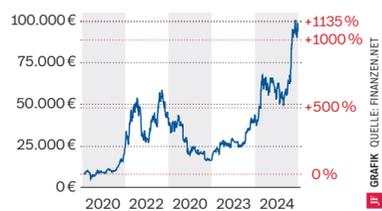
Bereits die Staatsfonds von Norwegen, China, den Emiraten, Saudi-Arabien, Kuwait und Singapur unterliegen durch ihre teils in Aktien angelegten Gelder größeren Schwankungen. Hinsichtlich der Bundesbank oder der EZB, die ihre Währungsreserven vornehmlich in Dollar, Yen, chinesischen Renminbi sowie Gold und Sonderziehungsrechten anlegen, gelten die genannten Argumente gegen eine BTC-Währungsreserve ebenso. Hinzu kommt, daß zur Wechselkurssteuerung des Euro eine hohe Liquidität (Marktnähe) der Reserven notwendig ist, um entsprechend schnell handeln zu können. Aufgrund der geringen Marktkapitalisierung des BTC – es handelt sich um eine relativ kleine „Währung“ – würde der Kurs stark ausschlagen.

Zentralbank-Interventionen mit dem Ziel, ihre Währung stabil zu halten, würden durchkreuzt. Hinzu kommen spezielle Anforderungen an eine Währungsreserve (Artikel 30 EZB-Satzung), darunter auch Sicherheitsanforderungen, die BTC-Anlagen kaum erfüllen können. Der Ankauf von BTC durch eine Notenbank könnte zudem Erwartungen erzeugen, daß sie im Falle eines Kurssturzes mit stabilisierenden Interventionen den BTC-Kurs stützen wird. Von daher erscheinen die Vorschläge einer BTC-Reserve als höchst suspekt und eher einer Förderung des „Krypto-Ökosystems“ förderlich. Der Staat bzw. seine Notenbank sollten sich keinen BTC-Ikarus ins Nest setzen.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Hohe Kursschwankungen bei der Kryptoeinheit Bitcoin

Entwicklung zwischen 2020 und 2025



Donald Trump präsentiert neue Kryptowährung mit seinem Namen

Memecoins für die Fans

Von **Thomas Kirchner**

Gerade erst hat Amerika die Selbstbereicherung des Biden-Clans überstanden, schon sehen manche eine ähnliche Entwicklung bei Donald Trump: Kurz vor seiner Amtseinführung kam eine von ihm unterstützte Kryptowährung auf den Markt, die von Null auf 30 Milliarden Dollar Marktwert stieg. Vom Anfangskurs von 18 Cent auf 30 Dollar zwölf Stunden später war das ein Sprung von 15.000 Prozent. 80 Prozent werden von Insidern gehalten, mit ihnen verbundene Konten sollen bereits eine halbe Milliarde Dollar erlöst haben.

Trump's Währung ist eine sogenannte Memecoin, also eine Währung, die auf Trends oder Witzen aufbaut. Ihr technischer Mehrwert ist Null, denn sie bauen auf bestehende Kryptosysteme auf. In Trumps Fall ist das Solana. Außer Spekulation haben Memecoins keinen Nutzen. Folglich sind sie Nullsummenspiele: Wer sie auflegt, kann viel Geld kassieren. Eingezahlt wird das von einer gutgläubigen bis gierigen Öffentlichkeit in der Hoffnung, daß andere noch höhere Kurse zahlen. Doch der Letzte ist der Dumme. Negativbeispiel ist eine von der Influencerin Halley Welch im Dezember gestartete Memecoin, die einen Wert von fast

500 Millionen Dollar erreichte, dann innerhalb weniger Minuten um 95 Prozent fiel.

Es fragt sich also: Hat Trump seine Stellung mißbraucht? Das ist weniger eindeutig als im Fall der Bidens, die politischen Einfluß monetisiert haben. Denn nicht alles, wo Trumps Name draufsteht, ist im Besitz der Firma. Schon seit Jahrzehnten wird vieles an Dritte lizenziert. Der Name schmückt Luxuswohntürme von Manila über Istanbul bis Punta del Este. Krawatten, Bücher, ein Gesellschaftsspiel – wie Hugo Boss oder Cartier, nur breiter gefächert, und erlangte die Marke Trump ihren Glanz lange vor dem politischen Engagement ihres Gründers. Damit unterscheidet er sich von den Clintons oder Obamas, deren Bücher und Podcasts ohne ihre politische Prominenz Ladenhüter geblieben wären.

Der Zeitpunkt der Einführung ist schlecht gewählt. Hohe US-Beamte sind angehalten, den Eindruck jeglichen Interessenkonflikts zu vermeiden. Das gilt auch für Wahlämter. Biden setzte sich über diese Empfehlung hinweg und schnappte Hillary Clinton das Ukraineresort weg, obwohl (oder weil) sein Sohn dort Geschäftsinteressen verfolgte. Trump hätte auch verzichtet sollen.

IHR TESTAMENTS RATGEBER

Sichern Sie Deutschlands Zukunft!



Gestalten Sie auch über den Tod hinaus die Zukunft: durch ein Testament, mit dem Sie Ihre Familie gut versorgen und Projekte bedenken, die Ihnen wichtig sind, z.B. die JUNGE FREIHEIT.

Bestellen Sie die Broschüre »Deutschland Zukunft schenken!«, und verschaffen Sie sich einen ersten Überblick, wie Sie Ihre Liebsten gut versorgen und helfen, Presse- und Meinungsfreiheit auch für die Zukunft zu sichern.



IHR ANSPRECHPARTNER

Dr. Bastian Behrens

Tel.: 030/86 49 53-24

E-Mail: behrens@jungfreiheit.de



FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.